

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 928

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaltene Beilage oder deren Raum 70 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 237.

Freitag, den 10. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Das Schandregiment in Ungarn.

Ueber die gegenwärtigen Zustände in Ungarn dringt wenig Nachricht nach außen. Die jetzige Regierung verhindert die Versendung irgendwelcher, selbst unparteiischer Nachrichten aus Ungarn nach dem Auslande, und die Pressefreiheit in Ungarn selbst ist aufgehoben. Wir erhalten aber auf Umwegen von einem durchaus einwandfreien Gewährsmann nähere Schilderungen über die letzten Vorgänge in Ungarn, die erkennen lassen, daß dort zurzeit eine weiße Schreckensherrschaft errichtet ist, deren blutdürstige Bestialität alles übertrifft, was seinerzeit selbst aus Finnland berichtet worden ist.

Die Ententepolitik hat nicht nur in Ungarn den Kommunismus in den Sattel geholt, sondern auch nicht wenig dazu beigetragen, die maßgebenden Einflüsse innerhalb der Sowjetregierung zur Ohnmacht zu verurteilen, und infolgedessen trägt diese Politik schon einen großen Teil der Verantwortung für die Ausschweifungen gewisser kommunistischer Führer und Funktionäre. Allein die Greuelthaten, die sich jetzt unter dem Schutze der Entente in Ungarn abspielen, sind derart, daß sich alle zivilisierten Nationen dagegen empören müssen.

Unmittelbar vor dem Sturze der Regierung Bela Kshuns fanden zwischen den Vertretern der britischen und italienischen Regierung in Wien und gewissen ungarischen sozialdemokratischen Führern, die von den Ententemissionen wegen ihrer bekannten gemäßigten Gesinnung eingeladen worden waren, Verhandlungen statt. Als Ergebnis der Verhandlungen kam ein Beschluß zustande, wonach die ungarische Sowjetregierung durch ein sozialistisches Ministerium Peidl ersetzt werden sollte. Die widerstandslose Unterwerfung Bela Kshuns und seiner Freunde war zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Ententevertreter in Wien einer etwaigen sozialdemokratischen Regierung den Schutz der Entente zugesagt und insbesondere versichert hatten, daß der rumänische Vormarsch sofort zum Stehen gebracht und die Blockade aufgehoben werden würde. Keine dieser Zusagen ist eingehalten worden, es sei denn, daß die Rumänen schon mehrfach ihren Abmarsch versprochen haben.

Das Ministerium Peidl wurde, nachdem es kaum die Regierung angetreten hatte, durch einen Gewaltstreich des Habsburger Präzidenten Tsojef ohne jeden Schein von Gesetzmäßigkeit mit Hilfe einiger hundert bewaffneter Polizisten und Offiziere gestürzt. Die rumänische Besatzungsarmee ließ dem Unternehmen ihre wohlwollende Duldung und Beihilfe. Die Entente hatte zwar feierlich erklärt, daß sie keinen Habsburger als Machthaber in Budapest dulden würde, und Tsojef Habsburg ist denn auch tatsächlich von der Bildfläche alsbald wieder verschwunden, aber sein Agent Friedrich behauptet noch immer seine usurpierte Macht und führt unter den Augen der Ententebehörden sein blutiges Regiment. Nicht weniger als 50 000 Personen sind bisher in die Gefängnisse gemorfen und gefoltert worden. Hunderte werden täglich kaltblütig hingerichtet, bloß weil sie im Verdachte stehen, Juden oder Sozialdemokraten zu sein. Die von Friedrich errichtete Weiße Garde ist nicht nur dazu bestimmt, ein Instrument des Bürgerkrieges zu werden, sobald die ungarische Demokratie der heutigen Tyrannei ein Ende macht, sondern sie soll auch den Kern eines monarchischen Heeres bilden, das eines Tages in blutigem Krieg Ungarn das verhaßte Habsburger Regime mit Gewalt wieder aufzwingen soll.

Ein Eingreifen der Entente ist nicht wünschenswert, ihre Anrufung wäre auch zwecklos. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ gibt der Heberzeugung Ausdruck, daß wenn nur die Rumänen abzögen, das ungarische Volk selbst den Lakaien Tsojef v. Habsburgs binnen wenigen Stunden davonjagen würde. Nur die Okkupation durch die Entente ermöglicht die Fortsetzung des reaktionären Schandregiments. Unseren Bruderparteien in den Ententeländern erwächst die Aufgabe, eine so brutale Unterdrückung eines Volksstammes unmöglich zu machen. Die internationale Konferenz in Luzern hat einmütig und entschieden gegen die Besetzung Ungarns durch die rumänischen Heere und gegen die Wiedereinführung der Reaktion in die Macht unter dem Schutze der alliierten Armeen protestiert. Nicht besonders der Sozialisten in den Ententeländern wäre es, die Fortsetzung des reaktionären Schandregiments in Ungarn unmöglich zu machen.

Zum Attentat auf Hugo Haase.

Der Mann, der das Revolverattentat auf Hugo Haase verübt hat, ist der Lederarbeiter Johann Wof. Auf die Frage, weshalb er auf Haase geschossen habe, erklärte er auf der Polizeiwache, er habe ihm „einen Denzettel geben“ wollen, weil Haase einen Prozeß wegen Erpressung gegen ihn beeinflusst hätte. Soweit aus den sehr verworrenen Aussagenungen des Wof zu entnehmen war, handelt es sich bei dem Erpressungsverfahren gegen ihn um Briefe, die er an die Leiter der Staatslotterie geschrieben hat, und die als Erpressung aufgefaßt werden mußten. Wof ist ein 52-jähriger Mensch, der einen geistig außerordentlich minderwertigen Eindruck macht. Der kleine Mann mit blätternartigem Ge-

sicht war auch nach der Tat auf dem Polizeipräsidium in heiterster Stimmung, lächelte und zeigte durchaus keine Einsicht und kein Gefühl für die Bedeutung seiner Tat. Wenn er nicht geisteskrank ist, so ist er jedenfalls geistig stark minderwertig, an der Grenze der Idiotie stehend.

Alle Schüsse sind aus einer Parabellumpistole abgegeben worden, die Wof von einem Soldaten für 30 Mark gekauft haben will. Der Schutzleuten jagte er lächelnd, daß er zuvor noch nie geschossen hätte und aus der Pistole nur einen Probeschuß abgegeben habe. Haase hätte er schon früher verfolgt, hätte ihn auch schon einmal zu Gesicht bekommen, damals aber keine Waffe bei sich gehabt.

Politisch ist Wof nicht organisiert, er behauptet aber, gewerkschaftlich organisiert zu sein. Für die völlige Verwahrheitung seines geistigen Zustandes ist das folgende Flugblatt kennzeichnend, das bei ihm gefunden wurde, und auf das er sich bei seiner polizeilichen Vernehmung mehrfach bezieht:

Offener Brief an das deutsche Volk.

Extravergabe 3 Pfg.

Extravergabe 3 Pfg.

Die Schuld der Hohenzollern am Weltkrieg.

Kauft keine Klassenlotterie-Lose, die königliche Ziehungskommission schwindelt, kauft auch keine Lose von irgend welchen anderen Wohltätigkeits- oder Gemeinnützigkeits-Lotterien, auch diese Ziehungskommissionen schwindeln. — Auskunft darüber erteilt Johann Wof, Berlin D 112, Franzfurter Allee 74.

Welchem Zweck dient der Schwindel? Und wer sind die Auftraggeber dieses Schwindels? Die Hohenzollern sind es, wie ich gerichtlich nachweisen kann; und die Lotterien des ganzen deutschen Reiches, obenan die „Königl. preussische Klassen-Lotterie“, haben den einzigen und alleinigen Zweck der Korruption, der Bestechung im allergrößten Umfang.

Der Bestechung, um die Kriegs- und Machtpolitik der Hohenzollern zu fördern. So lange die preussische Klassen-Lotterie besteht, war und ist sie Fundament und feste Stütze der hohenzollernschen Machtpolitik, und die jetzige scheinbare Einigkeit ist bloß eine Einigkeit der gekauften und bestochenen Presse, also ein scheinlicher Beschleib, dessen Vater der Lotterieschwindel und dessen Mutter die Pressekorruption sind, während die militärische Pressegenur als richtiger Dr. Eisenhart Geburtshilfe bei dieser Mißgeburt half, und dem als Ardnung der ganzen Komödie der hohe Bundesrat Genantier steht.

Ja, deutscher Michel, diesen Beschleib hat man dir untergeschoben, während man deinem legitimen Kind der deutschen Einigkeit, wie sie Robert Blum und Franz Meßnerhausen (Kommandant der Wiener Nationalgarde 1848, Red.) meinten, schon Anno 48 mit vereinten hohenzollern-habsburgischen Kräften den Garau machte. Bestechung ist also das Band, deutsche Einigkeit geheiß. Bestochen waren vor dem Krieg die großen deutschen Tageszeitungen, welche den Krieg publizistisch verbreiten halfen. Bestochen wurde seitdem die ganze deutsche Presse, soweit sie im Fahrwasser dieser Kriegspolitik leget.

Bestochen ist auch die ganze belletristische Literatur. Ferner die gesamten Volksvertreter im Reich, Landgemeinden, soweit sie die Kriegs- und Wirtschaftspolitik in offener oder verdeckter Form befürworten, auch Gewerkschaftsführer und Beamte, kurz und gut alle Leute von auch nur einigem politischem oder wirtschaftlichem Einfluß, soweit sie nicht ohnehin mit der Wahrung der Interessen der Kriegsinindustrie und Kriegsgewinnler bekrant sind.

Ja, diese Korruption hat ihren Ansetzungsstoff bis in die Reihen der bisher heftigsten Regierungsgegner getragen. Das kleinste Gebicht, der kleinste Aussatz mit dem Hinweis auf die Not des Vaterlandes waren und sind geeigneter, diese Kriegspolitik zu lähen.

Deutsches Volk, wenn du unter diesem Gesichtspunkte alles was vor dem Krieg, am Anfang desselben und während des Krieges gedruckt erschienen ist, nachprüfen würdest, müßtest du zu der Erkenntnis kommen, daß von einem Verteidigungskrieg keine Rede sein kann, dann müßtest du aber auch zur Erkenntnis kommen, daß du mit allen denen abrechnen müßt, die dir so beispiellose, alles Menschliche übersteigende Mäß übersteigende Leiden auferlegt haben.

Johann Wof, Schriftsteller.

Diese bestochenen Scheidemannner samt dem Schweigegeldnehmer Haase regieren uns jetzt und posieren die Roten Revolutionsmänner, wobei die Scheidemannner bemüht sind, die Plätze für die kommenden Hohenzollerngeschlechter freizuhalten.

Nach diesen Auslassungen mühte man Wof wohl am ehesten zu den Kommunisten rechnen, wenn man nicht gescheiterte, diesen vollständigen Wirrkopf überhaupt nicht politisch zu werten. Er gehört ins Irrenhaus.

Anlässlich des Anschlages auf den Abg. Haase haben, wie die „R. V. N.“ hören, der Reichspräsident und der Reichskanzler telegraphisch Frau Haase ihr besonderes Bedauern ausgesprochen.

Deutsche Nationalversammlung.

„Einigkeit in der Opposition“.

In der Nationalversammlung kam Donnerstag als Sprecher der „Unabhängigen“ an Stelle Haases der Abg. Dr. Cohn in der politischen Aussprache zu Wort. Gegen zwei Seiten wandte er sich und suchte aus Angriff und Abwehr demagogisches Kapital zu schlagen: Scheidemanns persönliche Worte mühte er entkräften, um seiner Partei den Vorwurf der Wähler zu ersparen, gegen die Einigkeit des Proletariats zu kämpfen, und Positives mühte er bringen, um auf Taten hinweisen zu können. Was lag also näher, als Enthüllungen über Kosses angebliche Gewalttätigkeit und

über die sog. westrussische Regierung in Berlin. Dr. Cohn ist ein ruhiger Redner. Er sprach auch sachlicher, als man es sonst bei „Unabhängigen“ gewöhnt ist. Breit ließ er sich über die Stellung der „Unabhängigen“ zu Sozialismus und Mehrheitssozialisten aus. Und da entglitt ihm die Weisung: die gesamten Sozialdemokraten sollten sich als Oppositionspartei zusammenschließen. Da läßt der Abgrund zwischen dem politischen Scheidemann und der immer nur zerkleinernden Kritik der „Unabhängigen“. Es ist so viel leichter, Oppositions-, als Regierungspartei zu sein!

Kosse antwortete von der Rednertribüne auf die abgedroschenen Angriffe Dr. Cohns in seiner urwüchsigen Art. Er ist heute der meistumstrittene Mann in der Nationalversammlung. Herr Erzberger auf der Regierungsbank freute sich, daß er es einmal nicht ist. Auch der Außenminister Müllers setzte sich mit Herrn Cohns Vorwürfen auseinander und mußte leider wieder die traurige Feststellung machen, daß selbst Fraktionssprecher den deutschen Friedensvertrag nicht genau kennen, sonst könnten sie nicht widersprechende Tatsachlagen geben. Die haktische Frage beherrschte wieder alle Parteien; an eine Sperre der Lebensmittelfuhr wird nicht gedacht, da man sonst Hindernisse der hungrigen Soldateska befürchtet, wofür Deutschland natürlich verantwortlich gemacht werden würde.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache kam als zweiter Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Dr. Meerfeld zu Wort, der mit der demagogischen Agitation der „Unabhängigen“ auftrumpfte, die selbst ein trauriges Ereignis, wie das Attentat auf ihren Führer Haase, zu ihrem dunklen Zweck ausschlochten. Als Kenner der Verhältnisse im Rheinlande erklärte er die Arbeiterchaft als den Träger des deutschen Staatsgedankens, ohne allerdings zu verschweigen, daß, wenn die Franzosen in ihren Loslösungsbestrebungen Glück haben sollten, die „Unabhängigen“ ihr vollgerüstet Maß an der Schuld teil hätten.

Sehr lebhaft wurde die Ausstrache, als der Abgeordnete Traub für die Deutschnationalen sprach. Das war ein Redner nach der Deutschnationalen Sinn, besser als der alte Graf Bismarck. Die Gegner wurden besiegelt, Kosse angegriffen. Alles bekam Lere Liebe, denn es war Stroß, was Herr Traub droht.

Den Schluß der Sitzung bildeten persönliche Feststellungen.

14. Sitzung.

Donnerstag, den 9. Oktober, 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Bauer, Schiffer, Koch, Erzberger, Kosse, Müller.

Die politische Aussprache.

Abg. Cohn (U. Soz.): Wortdaten, wie die jetzige, gedeihen nur in einer Unmenschheit, in der die Mörder revolutionärer Arbeiterführer mit Auslandspäpsten verhehrt werden. Wir sind glückselig, daß wir nicht sagen müssen: Mann über Bord! — Wir bleiben die alten — auch gegenüber dem Sirenenklängen des Abg. Scheidemann. Wir alle wollen ein einiges Proletariat, aber wir haben wirklich nicht die Rechtssozialisten gezwungen, mit den Bürgerlichen zusammenzugehen. Erst ist der erste sozialistische Reichspräsident; er wird auch der letzte sein, wenn so weiter regiert wird. (Unruhe bei den Soz.) Die Regierung hat in ihrer Außenpolitik fast alle Möglichkeiten, Vertrauen im Auslande zu gewinnen, unbenutzt vorüber gehen lassen. Das beweist ihre haktische Politik. Tausende von Soldaten sind im Interesse von etwa 6 Proz. der haktischen Bevölkerung geopfert worden. Wir haben jetzt in Berlin eine westrussische Regierung politischer Abenteuerer, die nichts hinter sich haben, außer dem achtungslosen Schweigen der deutschen Regierung. (Der Redner beipricht dann einen Darlehensvertrag dieser Regierung mit dem Bankhaus Morgan in New York.) Die Verhandlungen darüber sind in der Wohnung des früheren Staatssekretärs Dr. Solk geführt worden. (Hört, hört!) Aufeinander sieht diese westrussische Regierung auch in guten Beziehungen zu der englischen Militärmission in Berlin. Das müßte verhindert werden. Gelingt es dem englischen Kapital, ein Bündnis der Randstaaten gegen Deutschland zusammen zu bringen, dann ist auch Ostpreußen für uns verloren. Es genügt nicht, den widerwärtigen Truppen im Ausland die Staatsbürgerchaft abzunehmen. (Beifall bei den Unabh. Soz.)

Reichswehrminister Kosse: Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Herrgt, hat mir heute die bündige Erklärung gegeben, daß der Vorstand seiner Partei den Druckauftrag für das gestern von mir erwähnte Pamphlet nicht gegeben hat. Er hat aber einen anderen Druckauftrag gegeben, durch den der Reichspräsident und ich auf andere Weise verächtlich gemacht werden. (Hört, hört!) In Berlin sind bisher nur 22 Schußhäftlinge vorgekommen. Vier Schußhäftlinge sind entflohen. Wir werden nicht dulden, daß die Bevölkerung zum Bürgerkrieg aufgehet wird. Mißgriffe bei Versammlungen verboten leugne ich nicht. Die „Unabhängigen“ sind von einem fanatischen Haß gegen die eigene Klassenossen getrieben, und machen fortgesetzt das Ausland gegen Deutschland, besonders in bezug auf militärische Fragen, sehr durch Verbreitung falscher und erlogener Behauptungen. (Unruhe bei den Unabh. Soz.) In der politischen Grenze brauchen wir unbedingt Truppen. Kriegsmaterial wird nur von Schwedern an Polen geliefert. Wir müssen Obersteien, Welt- und Ostpreußen solange sichern, bis wirklich der Friede da ist. (Sehr richtig!) Der Kriegszustand dauert deswegen teilweise noch fort, weil der Friede noch nicht von allen feindlichen Staaten ratifiziert worden ist. Gerichte das, so wird er von uns legal erfüllt werden. Die „Unabhängigen“ sollten endlich aufhören, die Regierung des eigenen Landes beim Auslande zu denunzieren. Ihre nationale Würdelosigkeit ist kaum noch zu überbieten. Die „Freiheit“ überhört sich förmlich jeden Tag mit Angeberien der deutschen Regierung. So geht

Die Reichsregierung hat vor einigen Tagen den Brief eines ...

Reichsminister des Ausw. Müller: In der Washingtoner Arbeiterkonferenz nehmen wir natürlich nur als gleichberechtigte Teilnehmer teil.

Herr Dr. Meierfeld: Die Rechte nicht legt häufig mit den 'Unabhängigen' an einem Strang.

Herr Dr. Traub (D.): Wie kann man sich beklagen, daß die Dinge uns schlecht behandeln, wenn wir uns selbst erniedrigen.

Reichswehrminister Noske: Die 'Freie Presse' ist allerdings eine einzige Schweinerei.

Die Ratifikation des Friedens durch England. Reuters Bureau erfährt, daß die Ratifikation des Friedensvertrages durch den König jetzt, wo die Untertanen von allen britischen Dominionen eingesetzt sind, unmittelbar bevorsteht.

Wusturz in Moskau? Sozialrevolutionäre gegen Bolschewisten? Einem Telegramm aus Reval zufolge erhoben sich Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewisten in Moskau.

Das schwedische Generalkonsulat in Moskau geplündert. Das schwedische Außenministerium teilt mit, daß die Bolschewisten das schwedische Generalkonsulat in Moskau überfallen und geplündert haben.

Der Streik im Saargebiet.

Aus Saarbrücken wird berichtet: Ueber die im Auftrage des Generals Lindauer abgehaltenen Besprechungen, an denen Vertreter der französischen und deutscher Behörden sowie Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Angestellte und Beamte teilnahmen, wird eine Bekanntmachung veröffentlicht, die die Grundzüge mitteilt.

Die 'Straßburger Neue Zeitung' meldet dazu, es handle sich bei den Sonderforderungen der Eisenbahner um die Abschaffung der Verpflichtung, die französischen Offiziere zu grüßen, um die Verfallensfreiheit und um die Zurückführung der Kolonialtruppen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. Genosse Landsberg hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage eingebracht:

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 19. Februar d. J. hat der Preussische Herr Kriegsminister mitgeteilt, daß die Reichsregierung den Plan gefaßt habe, die Militärstrafgerichtsordnung so umzuwandeln, daß von Militärpersonen begangene Straftaten, die nach dem Reichsstrafgesetzbuch zu ahnden seien, vor den bürgerlichen Richtern kommen sollten.

Die politische Glaubensfreiheit der Beamten. Zu der Forderung der Beamten, die einer Oppositionspartei angehören oder politisch regierungsfeindliche Tendenzen verfolgen, teilt die maßgebende Stelle auf eine sich darauf beziehende Anfrage der 'Deutschen Zeitung' mit: Es steht jedem Beamten frei, der Partei anzugehören, deren politischer Richtung er zustimmt.

Die Gemeindevahlen in Köln. Ueber die Gemeindevahlen in Köln, die endlich, von den feindlichen Besatzungsbehörden erlaubt, am Sonntag stattgefunden haben, wird uns aus Köln noch geschrieben:

Die Wahlen zeigten das Bild allgemeiner Wahllosigkeit, wie die Gemeindevahlen namentlich in der letzten Zeit überall. Die Wahlbeteiligung hat kaum 30 Proz. überstiegen.

Die neue Kölner Stadtverordnetenversammlung wird aus 15 Reichsparteilern, 8 Unabhängigen, 49 Zentrum- und 5 Sozialparteilern, 2 Demokratischen und 7 Demokratischen bestehen.

Ein rheinisch-westfälische Industrieprovinz. Der 'Kölnischen Zeitung' wird aus Berlin berichtet: Mittwochs nachmittags fand eine internationale Besprechung preussischer Abgeordneter aus den rheinisch-westfälischen Industriegebieten über die Bildung einer besonderen Industriezone oder eines besonderen rheinisch-westfälischen Industriebezirks umfassenden Zweckenhandes statt.

Einem Telegramm aus Reval zufolge erhoben sich Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewisten in Moskau.

Der Kaiserfilm verboten. Am 10. Oktober sollte in einem Berliner Filmtheater der große Film 'Kaiser Wilhelms Glück und Ende' aufgeführt werden.

Proteststreik in Kaiserslautern. Nach der 'Pfälzischen Presse' legten Mittwoch vormittag die Arbeiter sämtlicher Betriebe in Kaiserslautern die Arbeit nieder, weil die Arbeiterführer, die kürzlich auf dem Bezirksamt wegen einer Verbesserung der Lebensmittelpersonalorgane vorstellig wurden, verhaftet wurden.

Kleine politische Nachrichten. In Neuport ist die erste Goldsendung für die an Deutschland gelieferten Lebensmittel angekommen.

Die 'Freie Presse' wurde General Humbert zum Mitbürgerverordnet von Straßburg ernannt.

Die Strafe für Fiume: Die englische Admiralität hat den nach Italien mit Kohlen beladenen Schiffen befohlen, ihre Ladung in Gibraltar zu löschen.

Der erste schwedische Freihafen. Der Stockholmer Freihafen, Schwedens erster Freihafen, wird heute, Freitag, feierlich eingeweiht werden.

Der englische Metallarbeiterstreik. Nach dem Amsterdamer 'Telegraaf' nimmt der Anstand der 50 000 englischen Metallarbeiter immer mehr an.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten. Freitag, 10. Oktober. Die hanseatische Gewandtschaft in Berlin. Die 'Deutsche Allgemeine Zeitung' schreibt: Ein Hamburger Blatt bringt die Nachricht, daß entgegen der bisherigen einheitlichen diplomatischen Vertretung von Hamburg, Bremen und Lübeck durch einen Gesandten nach Berlin schiden würden.

Die hanseatische Gewandtschaft in Berlin. Die 'Deutsche Allgemeine Zeitung' schreibt: Ein Hamburger Blatt bringt die Nachricht, daß entgegen der bisherigen einheitlichen diplomatischen Vertretung von Hamburg, Bremen und Lübeck durch einen Gesandten nach Berlin schiden würden. Wir erfahren aus unterrichteten hanseatischen Kreisen, daß eine Entscheidung im Sinne der Nachricht des Hamburger Blattes in keiner Weise vorliegt und auch deshalb nicht ergangen sein kann, weil die Frage, ob die Gliedstaaten in Preußen zukünftig überhaupt noch Gelände haben werden, noch im Stadium der Verhandlung ist.

demn bekanntlich haben auch andere gleichartige Gesandtschaften, wie die bayerische und die badische, gesonderte Handelsabteilungen ihren Missionen angegliedert. Auf Grund von eigenen Ermittlungen in Berlin und Hamburg kann der „Hamb. Corr.“ diese Ausführungen nur bestätigen. Die Deffentlichkeit ist demnach völlig unnötig in Aufregung versetzt worden.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung nahm im 2. Vierteljahr 1919 in Lübeck folgenden Verlauf: Es sind 360 (153) Geschlossenen, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr. Die Zahl der Geburten, 333, blieb dagegen um 65 hinter 1918 zurück. 56 (78) der Geborenen oder 16,3 Prozent (18,3 Prozent) waren unehelich und 9 (8) oder 2,7 Prozent (2 Prozent) tot. Die Zahl der Sterbefälle war mit 435 noch immer hoch, aber doch um 39 geringer als im Vorjahr und um 199 als im ersten Vierteljahr; der Gesundheitszustand hat sich also gebessert. 19 der Gestorbenen waren noch Kriegsteilnehmer, darunter 1 Kriegsgefangener. Unter den Todesursachen nahmen wieder die Lungenschwindsucht mit 60 (75) Fällen den ersten Platz ein, dann folgten Lungenentzündung und Krankheiten der Kreislauforgane mit je 43 (55 bzw. 55), Krebs mit 39 (29) und Krankheiten der Atmungsorgane mit 25 (32). Influenza führte noch 12 (6) mal zum Tode. 41 (41) der Verstorbenen waren noch kein Jahr alt, während 128 (123) das 70. Lebensjahr vollendet hatten. Die Säuglingssterblichkeit war mit 12,7 auf 100 Lebendgeborene größer als im Vorjahre (10,5); auf 100 eheliche Lebendgeborene starben zwar nur 7,4 (9,7), auf 100 uneheliche dagegen 38,9 (19,9), die Sterblichkeit der letzteren betrug in allen 3 Monaten mehr als 34 und im Mai sogar 50 Prozent. Das Ergebnis der Bevölkerungsbewegung war auch diesmal noch ungunstig, es sind 111 (84) Personen mehr gestorben als geboren. Die Wanderungsbewegung war gleichfalls bedeutend größer als im Vorjahr. Zugezogen sind 7621 und weggezogen 7179 Personen, das sind 2347 bzw. 2062 mehr als 1918. Unter den Zuwanderern wie unter den Abwanderern überwiegt das männliche Geschlecht um 371 bzw. 323. Im Endergebnis sind 442 mehr zugezogen, 245 Männer und 197 Frauen. Die Zahl der Umzüge in der Stadt belief sich auf 9043 oder 2882 mehr als im Vorjahr, also eine erhebliche Steigerung, die bei der bekannten Lage auf dem Wohnungsmarkt etwas überraschend ist.

Vom Drägerwerk. Die Stilllegung des Betriebes unterbleibt. Mit dem jahrelang geschulten Stamm der Angestellten und der Arbeiterkraft wird der Betrieb fortgeführt. Er hat nunmehr fast die Größe des Friedensbestandes. Die von Dr.-Ing. h. c. Verni. Dräger geführte Betriebsleitung ist von einer gedeihlichen Weiterentwicklung überzeugt.

Tarifbewegung. Die Organisation der Futtmacher hat den Unternehmern einen neuen Lohnvertrag unterbreitet, der u. a. folgende Lohnsätze vorsieht: für männliche Arbeiter monatlich 125 Mk., für weibliche Hilfskräfte und Strohhühnerinnen 60 Mk. Überstunden sollen mit 25 Proz., Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag vergütet werden. Die Arbeitszeit beträgt 8, Sonnabends 6 Stunden. Ferner ist eine Regelung der Ferienfrage und Einteilung der Arbeitszeit bei mangelnden Aufträgen vorgesehen. Die Geschäftsinhaber wollen nun der neuen Vereinbarung aus dem Wege gehen und suchen sich dadurch zu drücken, daß sie die Verhandlungskommission der Arbeiter nicht für passabel erklären. Es scheint auch, daß sich verschiedene Gutarbeiterinnen mit der Organisationspflicht noch nicht recht vertraut gemacht haben. Wenn sie glauben, auf gute Worte der Geschäftsinhaber goldene Brücken bauen zu können, werden sie noch bittere Enttäuschungen erleben. Es ist noch nicht sehr lange her, seitdem die Gutarbeiterinnen und Putzmacherinnen mit äußerster Mühseligkeit zu kämpfen hatten. Bewilligt hat bisher nur die Firma Ziese.

Reichliche Petroleumversorgung. Nach Mitteilungen aus dem Reichswirtschaftsministerium ist es gelungen, unsere Brennstoffversorgung dadurch wesentlich zu verbessern, daß man die Petroleumvorräte wesentlich erhöht hat. Es wird möglich sein, schon im nächsten Monat die vier- bis fünffache Menge an Petroleum zu verteilen. Es sind Abschlüsse zustande gekommen, die eine Lieferung von 140 000 Tonnen Petroleum und Benzin bis spätestens Ende Januar für uns sicherstellen; darunter wird sich auch ein gewisses Quantum Heizöl befinden. Für die wirtschaftlich notwendigen Betriebe sollen diese Mengen zur Verfügung stehen; der Luxusautobetrieb soll davon nichts abbekommen.

Schöffengericht. Wegen Beleidigung des Polizeikommissars Gr. hatte sich am Donnerstag Frau G. aus Schlußdorf zu verantworten. Die Angeklagte gibt zu, „Schweinehund“ gesagt zu haben; doch soll dieses Wort nur allgemein gesprochen sein, ohne jemanden zu beleidigen. Das Gericht nimmt aber an, daß nur Gr. damit gemeint sein konnte, da eine andere Person nicht zugegen war. Für dieses Iste Wort wird die Angeklagte zu 50 Mk. verurteilt. — Wegen Verstoßes gegen die Handelsbestimmungen zu je 10 Mk. Strafe verurteilt werden die Viehhändler Sch. und St. aus Krempehof, weil sie unberechtigtweise einen Bullen verhandelt hatten. Das Gericht beurteilt die Sache sehr milde. Die Strafe soll nur ein Dankschreiben für künftige bessere Beachtung der bestehenden Handelsbestimmungen. Na. 20 Mk. werden bei dem Handel wohl herausgelungen sein! — Wegen Nichtanmeldung eines Schweines hatten die Viehhändler R. und B. von hier ein Strafmandat von 50 Mk. erhalten; außerdem sollte das Schwein entzündungslos dem Kommunalverband verfallen. Gegen diese Strafe hatten die Angeklagten gerichtliche Entscheidung beantragt mit dem Erfolg, daß B., der das R. gehörende Schwein in seinem Stall mit füttert, freigesprochen, während R. zu 10 Mk. verurteilt wird. Auf den Schweinebraten kann R. sich noch freuen, denn die Eingehung wird rückgängig gemacht. — Ohne Anmeldung betreibt auch der Viehhändler R., der Maurermeister R. und Herr G. Schweinezucht. Es war deshalb auf 40 Mk. resp. 20 Mk. Strafe und Eingehung der Schweine erkannt worden, wogegen sie ebenfalls gerichtliche Entscheidung beantragten. Die Geldstrafe bleibt bestehen, die Eingehung wird aufgehoben. — Die richtige Anmeldung der Schweine unterlassen hatte auch der Gärtner G. Ein Strafbeschl. will die Unterlassung mit Eingehung und 50 Mk. Strafe ahnden. Das Gericht ließ es mit einer Strafe von 20 Mk. bewenden. — Ein schiefes Geschäft hat die Händlerin Sch. gemacht. Sie hatte für jemanden 2 Schinken für rund 1300 Mk. gekauft, nachher aber nur den Höchstpreis dafür wieder bekommen und sollte nun noch 450 Mk. Strafe zahlen. Das Gericht erkennt wegen Schieberei trotz des Schadens der Angeklagten auf 150 Mk. Geldstrafe. — Schiebergeschäfte mit Hazer hat der Pferdehändler S. gemacht. Er hatte 90 Zentner Hazer nach Hamburg zu einem Preise von 110 Mark pro Zentner verkauft, obwohl der Höchstpreis 15 Mk. betrug. Die Strafe von 700 Mk. ist ihm zu hoch, denn es soll Auslandsware gewesen sein, die er mit 50 Mk. pro Sack bezahlt hatte. Nun muß er tiefer in den Beutel greifen, denn das Gericht spricht eine Strafe von 1500 Mk. aus. — Reingefallen ist der Trödler L., der angeblich seinen eigenen Anzug an einen Arbeiter verkaufen wollte, ohne Geld dafür zu bekommen. Der „Reiher“ verkaufte den Anzug aber an den Trödler Bl., der ihn am gleichen Tage mit rund 100 Prozent Verdienst weiter verkaufte. L. beklagt nun sehr den Verlust seines Anzuges und soll obendrein noch 10 Mk. Strafe zahlen, weil er den Anzug ohne Vermögenschein abgegeben hat. Die gleiche Strafe wegen desselben Vergehens soll auch Bl. zahlen, die ihm aber zu hoch ist. L. wird freigesprochen, da angenommen wird, daß es sein eigener Anzug war, den er sonst getragen hätte. Dagegen wird Bl. auch noch wegen Preistreiberi bestraft, die er damit zu rechtfertigen versuchte, daß Anzüge begehrte Artikel seien. Das Urteil erstreckt sich um 100 Mark. Außerdem wird ein Teil des Gewinnes eingezogen.

Verbot der Verfeuerung von Teer. Da die Verfeuerung von Kohle einen großen Umfang angenommen hat und die Teerdestillationen zum Erlösstand zu kommen drohen, hat das Reichswirtschaftsministerium eine Verordnung vorbereitet, die die Verfeuerung von Kohle und seine Verwendung zu anderen Zwecken als zur Weiterverarbeitung in Teerdestillationen verbietet und unter Strafe stellt. Ausnahmen können auf Antrag vom

Reichswirtschaftsministerium zugelassen werden. Die Verordnung tritt mit der Verkündung im „Reichsanzeiger“, die in den nächsten Tagen erfolgt, in Kraft.

Vertretungsbehörden der Tschecho-Slowakischen Republik. Wie die Handelskammer von zukiindiger Stelle erfährt, wird die Tschecho-Slowakische Republik bis zur Errichtung eigener Konsularämter in Deutschland Vertretungsbehörden errichten, die an der Liquidierung der Konsularbehörden teilnehmen und die Untersuchungs- und Maßnahmenleistungen der Angehörigen der Tschecho-Slowakischen Republik bearbeiten. Für Budapest ist autändig die Vertretungsbehörde der Tschecho-Slowakischen Republik in Hamburg, Schaarsteinswegstraße 2.

Sinfoniekonzert. Der Solist des ersten Sinfoniekonzertes, Herr Professor Felix Verber, ist in Lübeck kein Unbekannter mehr. An seinem reifen und auf höchster Stufe stehenden Spiel haben wir uns schon mehrere Male erfreuen dürfen. Der Künstler wird am Montag Brahms' Konzert für Violine spielen.

Kein eigenmächtiges Holzfällen. Die Forstverwaltung sieht sich veranlaßt, erneut darauf hinzuweisen, daß jede eigenmächtige Holzfällung verboten ist. Aus den Holzschlägen darf nur das geringe Holz bis 7 Zentimeter Durchmesser mitgenommen werden. Die Entwendung von Holz aus bereits aufgesetzten Holzschlägen wird als Diebstahl mit Gefängnis bestraft. Stubben dürfen nur an den von den Forstbeamten dafür freigegebenen Orten gerodet werden.

Diebstahl. Aus einem Hause der Viktoriastraße sind nachstehend aufgeführte Sachen gestohlen worden: 1. ein fertiges Sofaflissen aus rotem Samt mit blaue und schilblauem Blumen- und grünem Blättermuster, 2. ein Kissenbezug aus weißem Glasbatist mit weißer Kordelerei und breiter Valenciennepipe; dazu ein breites blaue Band, 3. ein Kissenbezug, ähnlich wie zu 2, mit breitem gelbem Band, 4. ein Kissenbezug, bestehend aus einer Durchbrucharbeit, zum Aufsetzen auf ein fertiges Kissen, mit weißem Engelmuster und 5. eine ca. 40 x 80 Zentimeter große Leinwende aus Durchbrucharbeit. Für die Wiederherbeschaffung der Sachen wird eine Belohnung von 100 Mk. ausgesetzt.

Vermißt. Seit dem 26. v. Ms. wird das Dienstmädchen Gertrud Behne, geboren am 1. 8. 02 in Lübeck, vermißt. Um die genannte Zeit hat die Behne das Haus ihrer Herrschaft verlassen, seitdem fehlt von ihr jede Spur. Die Vermißte ist von kleiner Statur, hat rundes Gesicht und ganz kurzes krauses Haar. Sie trägt vermutlich blaue Rock und braunen Mantel, Kopfbedeckung unbekannt.

Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Bernkastel und ein Buchhalter von hier, die in dem dringenden Verdacht stehen, in Warnemünde einen Einbruchdiebstahl ausgeführt zu haben. — Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls schriftlich verurteilt wurde.

Hamburg. Die kommunistischen Drahtzieher des Seemannsbundes versuchen jetzt ihren Mißerfolg durch Verbreitung der unehrenhaften Anschuldigungen, sie hätten die Aufhebung des Streiks empfohlen, um Verhandlungen mit der Regierung über die Aufhebung der Seemannsordnung und mit den Reedern über Erhöhung der Heuern fortzusetzen. Wahr ist demgegenüber, daß die Regierung mit den Seemannsbündern nicht verhandelt hat. Drei Bündler haben sich im Reichswirtschaftsministerium unter einem Ministerialdirektor aufgedrängt, um ihm einen langen Sermon über ihr Bündlerprogramm vorzutragen. Dort sind sie entsprechend abgefertigt, ohne daß ihnen auf ihr Programm hin irgendwelche Zugaben gemacht wurden. Alle gefaschertlichen Maßnahmen, die im Interesse der deutschen Seeleute aller Grade geplant sind und sich im Stadium monatlicher Vorbereitungen befinden und befinden, stehen in gar keinem ursächlichen Zusammenhang mit diesem Streik, sondern sind von langer Hand auf Betreiben der seemannischen Berufsverbände in die Wege geleitet und werden in Uebereinstimmung mit den seemannischen Berufsverbänden durchgeführt werden. Namentlich handelt es sich hier um Ausräumungen, die von der Reichsabteilung Seelente des Transportarbeiterverbandes schon vor vielen Monaten gegeben worden sind. Das ist den Bündler-Delegierten auch in Berlin mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben worden. Auch die Reederei werden nicht mit den Bündlern verhandelt. Die Reichsabteilung Seelente des Deutschen Transportarbeiterverbandes hat bereits lange vor dem wilden Teufel der Bündler Tarifverhandlungen mit dem Zentralverein deutscher Reederei eingeleitet und wird sie in Gemeinschaft mit den übrigen seemannischen Berufsverbänden sofort nach restloser Beendigung des Streiks wieder aufnehmen und zu einem erfolgreichen Abschluß führen.

Mitona. Der Raubmord in der Bleicherstraße, dessen Opfer am 15. September dieses Jahres die Witwe Höhr wurde, fand vor dem außerordentlichen Kriegsgericht seine Sühne. Das Urteil lautete gegen Szelochowski auf lebenslängliche Zuchthausstrafe, gegen Kätemier auf 10 Jahre Zuchthaus, gegen beide auf 10 Jahre Ehrverlust und gegen K. auf Polizeiausschluß, gegen Geißler auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Die Angeklagten Rote und Rabe wurden den bürgerlichen Gerichten überwiesen, und Rabe wurde vorläufig auf freien Fuß gesetzt. S. hatte bei der Tat der 73jährigen Frau einen Beifß überreicht, und als diese ihn öffnen wollte, ihr in den Mund gestopft, das Zungenband losgerissen und sie mit Chloroform betäubt. Die Frau ist dann erstickt. Die andern waren Helfer beim Rauben und Beschranknaden. Die Beute betrug nur 40 Fig., eine Uhr und einige Kleinigkeiten.

Saweriu. Der Landtag bewilligte die Erhöhung des Zuschusses von 30 000 auf 60 000 Mark jährlich für die landwirtschaftliche Versuchsanstalt in Rostock. Die Regierung fordert die Aufhebung der Verordnung über das Konkubinat vom Jahre 1870. Die Rechte spricht für, die Linke gegen die Beibehaltung des Gesetzes. Das Haus nimmt in erster und zweiter Lesung den Regierungsentwurf an. Dem Gegenwurf zur Bekämpfung der Suralungshebellichkeit wird in dritter Lesung zugestimmt.

Selgolans. Falsche Gerüchte. Der hiesige Gemeindevorsteher. Wagens, erklärt, daß die Drahtmeldung aus Cuxhaven vom 1. Oktober, daß in Selgoland eine starke Agitation für die Loslösung von Deutschland und den Anschluß an England betrieben werde, auf Schwindel beruhe.

h. Stade. Die Wilhelmshurger Krawalle vor der Strafkammer in Stade. Die großen Unruhen, die sich Mitte Februar in Wilhelmshurg abspielten, haben jetzt ihr gerichtliches Nachspiel vor der Strafkammer. Die Prozesse zerfallen in drei Abteilungen und werden etwa zehn Tage beanspruchen. Vorerst haben sich 15 Beteiligte zu verantworten, von denen die vermutlichen Rädelführer der unabhängigen Otto Bruhn aus Wilhelmshurg, der auch an den Putzchen in Hamburg, Bremen und Braunschweig beteiligt war, ferner Fischer Otto Sperling, Arbeiter Henry Bauer, Schlosser Anton Audrich und Bootsmann Otto Johannes sämtlich aus Wilhelmshurg sind. In der Nacht zum 12. Febr. d. J. fanden auf dem Bahnhof Angriffe bewaffneter Bänden auf Güterwagen statt, bei denen Feuergefechte geliefert wurden. Dabei gelang es neun Räuber zu fassen, die ins Spriehaus eingesperrt wurden. Schon in der Nacht wurden Versuche gemacht, die Gefangenen zu befreien. Alle Angriffe wurden abge schlagen. Am Tage wurden die Straßen vor der Volkswache mit Maschinengewehren besetzt und durch Autos und starke Wachmannschaften gesichert. Fortwährend fanden Angriffe auf die Sicherheitsmannschaften statt, die jedoch stets zurückgewiesen wurden. Am Nachmittag gelang der Transport der Verhafteten, wobei es zu wilden Ausdeutungen kam. Ein Wachtmeister wurde schwer verletzt durch Steiche mit einem Seitengewehr und Zertrümmerung der Schädeldedecke. Nachdem das Auto mit den Gefangenen abgefahren war, stürzte sich die Menge auf die Wache, erzwängte die geringe Wachmannschaft und schlug alles kurz und klein. Dabei wurden in der Wache untergebrachte Lebensmittel, die von Beschlagnahmen herrührten, geraubt, ferner zwei Lebensmittellager geplündert. Die Angeklagten bestritten sämtlich, weder den Putzchen in Hamburg, noch daran beteiligt gewesen zu sein.

Theater und Musik.

Stadtheater. „Kurtz von der Kreith, Tragödie in 5 Aufzügen von Herbert Gulenberg. Urprünglich trug das Werk den Titel „Ein halber Held“, die Zwiespältigkeit im Charakter und Wesen von der Kreiths andeutend. Es wurde geschaffen vor den hier bekannten Dramen „Belinde“, „Alles um Liebe“ und „Alles um Geld“, in denen symbolische und mystische Gedanken und Gestalten hermspulen, die man bei Kurtz von der Kreith noch nicht vorfindet. Aber der große ideale Zug, der all den von Gulenberg zum Mittelpunkt der Geschehnisse gemachten Persönlichkeiten eigen ist, fehlt auch ihm nicht. Ein nervöser Kampf ums Recht ist es, den der Hauptmann v. d. Kreith führt, in dem er zu Grunde geht. Wegen Verdachts der Verräterei verhaftet, lange ungeschuldig eingekerkert und endlich durch den Bruder befreit, treibt ihn das brennende Verlangen nach Recht und Ehre wieder in die Reihen derer, die ihm früher Unrecht taten, die ihn nun ganz nicht bezaubern können und ihn schließlich erschließen. Eine flammende Anklage gegen den preußischen Kommissar, der über Leichen geht und alles dufft, und was sich ihm nicht beugen will, zerbricht, zuckt aus der Tragödie, die zu Beginn und auf dem Höhepunkt des siebenjährigen Krieges spielt. Militärische Brutalitäten wirken auf die heutige Generation, die Zeuge des furchtbarsten aller Kriege ist, besonders abstoßend. Und daran mangelt es in dem Stücke nicht. Sie werden von Gulenberg schonungslos gebrandmarkt als Urheber der Verzweiflung sonst guter Menschen. Gulenberg ist ein wirklicher Dichter, der etwas zu sagen hat, und dem dazu die Schönheit und der Reichtum der deutschen Sprache, vereint mit dem Schwung einer heißen Seele, zu Gebote steht. Allerdings sind fünf Akte „Kurtz von der Kreith“ für die etwas schmale Handlung fast zu viel geworden, und eine dauernde Unspannung des Interesses des Publikums ist dadurch beeinträchtigt. Dennoch konnte man es nicht begreifen, daß gestern das ganze Stück und seine non ernstem Fleiß und tüchtigem Können getragene Wiedergabe von der Schauspielergemeinde mit eigenem Schweigen aufgenommen wurde. Fühlte das rechte Verständnis, oder war es eine Ergriffenheit, welche die Hände in Jauch hielt? Wer vermag es zu sagen. Herr Heibmann führte die Regie und hatte für eine wirkungsvolle Inszenierung georgt. Zu den Naturmütern, die man nur auf der Bühne erblickt, gehört es aber, daß der Strahl des Sonnenlichtes von unten herauf durch das Fenster in den Keller dringt. Herr Stein war der „halbe Held“ Kurtz v. d. Kreith. Für die Verzweiflung und Seelenqualen des unschuldig Verdamnten, fand er den leidenschaftlichen, nervösen Ausdruck, der erschütternd wirkte. Von diesem Jammer namenlosen Unfalls erfüllt war die Gattin Kreiths in der Wiedergabe durch Frau Niemann-Heidmann. Ganz ausgezeichnet, bis ins Kleinste durchgearbeitet, gestaltete Herr Kröug einen Sträfling, der durch die Quälerei eines Vorgesehten zum Mörder geworden ist und nun, um selbst zu leben, seine Hände in Blut tauchen muß. Eine sorgfältige Charakterstudie bot ferner Herr Wall als Damnis. Weiter sollen noch hervorgehoben werden: der Oberst v. Derichau des Herrn Pünter und der Jachinsky des Herrn Heibmann.

Neueste Nachrichten.

Der Berliner Metallarbeiterstreik. U. Berlin, 10. Oktober. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat zusammen mit der bisherigen Streikleitung die Weiterführung des Metallarbeiterstreiks übernommen und dem Arbeitsminister Schlika auf dessen Vermittlungsvorschlag ihre Beitrittswilligkeit erklärt, sofort in Verhandlungen einzutreten.

Ein Verbrechen an der Allgemeinheit. U. Dresden, 10. Oktober. Bei der Interpellation über die Kohlennot teilte der Arbeitsminister Held in der sächsischen Volkstammer mit, daß die sächsische Regierung ein sächsisches Bergwerk in Zwangsverwaltung genommen habe. Der Bergwerksbesitzer hatte den Auftrag gegeben, nicht mehr als 7 000 Hektoliter Kohlen zu fördern, während die Zwangsverwaltung die Kohlenförderung bereits auf 10 000 Hektoliter täglich gesteigert habe. Nach vierzehntägiger ruhiger Arbeit sei plötzlich ein Streik ausgebrochen, wobei sich herausgestellt habe, daß sich der Bergwerksbesitzer den Betriebsräten gegenüber bereit erklärt hat, die gesamten Kosten des Streiks zu tragen. — (Es genügt nicht, daß man das Bergwerk nur in Zwangsverwaltung nimmt; dem verbrecherischen Bergwerksbesitzer muß auch strafrechtlich der Standpunkt klargemacht werden. Red.)

Der Wahltermin für Nordschleswig. U. Kopenhagen, 10. Oktober. Das hiesige Komitee des Bundes der Nordschleswiger hat beschlossen, daß die Ratifikation des Friedensvertrages durch die Großmächte unmittelbar bevorsteht, die Abstimmung in der ersten Zone Schlesiens schon ungefähr am 2. November beginnen wird.

Herabsetzung der italienischen Zivilliste. U. Zürich, 10. Oktober. Durch ein italienisches Amtsblatt veröffentlichtes Dekret wird die Zivilliste des italienischen Königs von 17½ auf 11½ Millionen Lire herabgesetzt. In dieser Summe ist auch die der Königin-Mutter Margeritha zugestandene Million einbegriffen.

Die beschlagnahmten deutschen Güter werden angerechnet. U. Paris, 10. Oktober. Das Pariser Amtsblatt veröffentlicht das Gesetz über die Auflösung des deutschen Besitzes in Frankreich. Der Erlös aus den deutschen Gütern soll auf die Entschädigungssumme, die Deutschland zu zahlen hat, angerechnet werden.

Für die Verstaatlichung der englischen Bergwerke. U. Rotterdam, 10. Oktober. Der Exekutivauschuß der englischen Bergarbeiter und der parlamentarische Ausschuß der Arbeiterparteien konzentrierten über die Schritte der Verstaatlichung der Bergwerke. „Daily Herald“ sagt, daß Ende der Woche der Gelbzug für die Verstaatlichung im Gange sein wird.

Das Wetter der Woche.

(Von der Lauenburgischen Wetterwarte in Mölla.)
(Nachdruck verboten.)
Der 12. Oktober bringt tags mildes, veränderliches, teilweise trübes Wetter mit lebhaften, im Küstengebiet starken Südwestwinden und erhöhter Luftwärme. Die Niederschläge sind nur im Westen und Norden des Bezirks (Schleswig-Holstein, Nord-Hannover) verbreitet, im übrigen vereinzelt und kurz. Am 13. ist die Witterung teilweise heiter, meist trocken mit böigen Nordwestwinden. Der 14. und 15. Oktober lassen unbeständiges, meist stark wolfiges, ziemlich mildes Wetter mit Südwest- bis Nordwestwinden wechselnder Stärke erwarten. Die Niederschläge treten nur vereinzelt und kurz auf und beschränken sich meist auf das Nord- und Ostküstengebiet. In den übrigen Teilen des Bezirks herrscht die Trockenheit vor. Am 16. veranlaßt eine atmosphärische Störung von Nordwest her vorbereitete Trübungen, stärkere Winde und zeitweise Regenfälle, die jedoch im Süden nur vereinzelt sind. Der 17. Oktober bringt Auflockerung mit böigen Nordwestwinden, im Norden und Osten noch vereinzelt kurze Regenschauer, im übrigen Trockenheit. Die Woche schließt (18. Oktober) mit wolfigem bis heiterem, trockenem Wetter, mäßigen Nordwinden und Nachtfrost.
Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwabe. Druck: H. H. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

In grosser Auswahl
sehr preiswert

Joppen halbschwer und für Winter von M. 69⁰⁰ an
 Paletots dunkel von M. 110⁰⁰ an
 Ulster alle neuen Farben von M. 145⁰⁰ an
 Hosen starke Ware von M. 29⁵⁰ an

Transportarbeiter - Verband
Anzüge vorrätig.

August Haerder & Co.
Lübeck.

8526

Gänischen Kautabak
Paket 3 75 Mk.
Lepenau 88.
8547)

Bringe mein Lokal in gütige Erinnerung. * Mittagessen, Abendessen.

Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Gemütl. Preisfest
H. Freitag,
8540) Königstr. 112.

Gr. Preisfest
Sonnabend, 11. Oktober
Bahnhofskrug
Schützenstr. 59
(Es ladet freundlichst ein G. Dechow.
8528)

Sonnabend abend:
Gr. Tanzkränzchen
im Hohenzollern,
Huxstraße.
Anfang 6 Uhr. (8531)



Kaninchenzucht-Verein
für Lübeck u. Umg. v. 1895.

Versammlungen
finden jeden zweiten Sonnabend im Monat abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Lindenstraße 13, statt.
8524) Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Versammlung
der
Elektriker
am Sonnabend, 11. Oktbr.
abends 8 Uhr
im Lokale des Herrn Buck,
Marlesgrube 22.

Tages-Ordnung:
Besprechung über den Schieds-
spruch des Schlichtungsaus-
schusses.
Jeder Kollege muss pünktlich in der Versammlung erscheinen, da es sich um eine wichtige Abstimmung handelt.
8539) Die Ortsverwaltung.

Unabh. Sozial. Partei.
Ortsgruppe Lübeck.
**Mitglieder-
Versammlung**
heute,

am Freitag, dem 10. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen
Kalweit-Hamburg.
2. Bericht der Breitere-
müssen.
3. Bericht d. Vorstand.
8542) Der Vorstand.

**Verband der Steinsetzer, Plätterer
und Berufsgenossen Deutschlands.**

Einladung zum Ball

am Sonnabend, dem 11. Oktober,
im Gewerkschaftshaus.
Eintritt Herren 1.50 Mk., Damen 1.00 Mk.
Anfang 6 Uhr. (8527) Ende 12 Uhr.

Gesellschaftshaus Weiher Engel.
Sonnabend, den 11. Oktober:
Grosser Ball
8545) Anfang 6 1/2 Uhr.
Es ladet freundlichst ein G. Ketter.

Friedrich-Franz-Halle.
Sonnabend, den 11. Oktober (8546)
Grosser Ball
des Gesellschaftsklubs „Dansa“.
Anf. 7 Uhr.
Es ladet ein der Vorstand u. L. Stamer.

Restaurant „Zur Himmelsleiter“.
Am Sonnabend, dem 11. Oktober:
Groß. Familienball
und am Sonntag, dem 12. Oktober:
Musik-Unterhaltungs-Abend.
Hierzu ladet freundlichst ein
Richard Wolff, Margaretenstr. 9. (8512)

Für jeden Beruf

Es neben der gewerblichen Ausbildung eine entsprechende Allgemeinbildung un-
terschiedlich notwendig für ein weiteres Fortkommen. — Gelegenheit, ohne Lehrer
Bekanntes nachzulesen und Neues anzufragen, bietet die

Goldene Bibliothek der Bildung und des Wissens.
ein Universal-Bildungs- und Schulbuchwerk, 3 Bände
Bände mit etwa 200 Seiten und über 700 Abbildungen 77 Mk.

Inhalt: Wichtig Deutsch sprechen und schreiben / Lesenbuch mit Rechtschreibung
Schönreden / Mund- und Heilungskunde / Geschichte / Geographie / Erdkunde
und Völkerverständnis / Summekunde / Physik / Volkswirtschaftliche / Buchführung
Stenographie / Zeichnung mit 100 Heftungsbeispielen / Englisch / Französisch / Der
jährl. Bericht mit Gesetz und Verordnungen / Ratgeber in Rechtsfragen / Bürger-
kunde / Wirtschaftslehre / Fremdsprachen / Dreizehntägiges Wörterbuch u. a. m.

Alle Bücher sind 3 Bände
sind auf einmal gegen
monatliche Zahlungen zu
haben.
nur 6 Mark
M. Wollbrück & Co., Berlin, Oranienburger Str. 59.
Der Unterzeichnete ersucht hiermit um Lieferung des obigen Werkes laut
Angebot in dem „Lübecker Volksboten“. Erfüllungsort Berlin-Mitte.
Name und
Geburt:
Genau
Wohnung:
(falls nicht eigene Wohnung, bei wem wohnhaft).

Arbeiterbildungsverein Lübeck.

Vorstellung
im Stadttheater

am Sonntag, d. 19. Oktober,
nachmittags 2 Uhr.

Judith.

Tragödie in 5 Akten von Friedrich Hebbel.
Preis der Karte 1.00 Mk. einschl. Garderobe.
Karten sind in der Expedition des Lübecker Volks-
boten, im Gewerkschaftshaus, sowie bei den be-
kannten Stellen zu haben.
Kinder unter 12 Jahren werden zum Besuch der
Vorstellung nicht zugelassen.
8534) Der Vorstand.

Sparklub Marli.
Großer Festball

mit humoristischen Einlagen
am Sonnabend, dem 11. Oktober 1919
im Lokale „Luisenlust“.
Anfang 7 Uhr.
Herrenkarte 2 Mk., Damenkarte 1 Mk.
8519) Das Komitee.

Stadthallen - Lichtspiele
Lübeck. Mühlenbrücke 13.

Spielezeit vom 10.—16. Oktober 1919.

- Vandette,** Drama in 5 Akten. (8505)
In den Hauptrollen: Pola Negri u. Harry Liedtke.
- Hinaus ins Grüne,**
Luftspiel in 2 Akten.
- Der Musenfrack,**
Luftspiel in 1 Akt.
- Die Teckelzucht,** Sportaufnahme.

Sparklub „Zur Traube“

Ball

am Sonnabend, dem 11. Oktober
in den „Zentral-Hallen“.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Herren 1.50 Mk., Damen 1.00 Mk.
8532) Das Komitee.

Arbeiter-Turn- u. Sportbund
3. Kreis. 6. Bezirk.

Stafettenlauf

am Sonntag, dem 12. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr.

Start: Roesstr. (Roggenbrücke) — Falken-
str. — Gürtelstr. — Mühlenbrücke —
3. und 2. Wollstr. — Alter Bahndamm —
Ziel: Buniamshof.
Anschließend im Vereinslokal, Hundestr. 41:
Gemütliche Beisammensein.
8538) Die Bezirksleitung.

Einseger.

Grosser Familien-Ball
am Sonnabend, dem 11. Oktober 1919.
Anfang 7 Uhr. (8507) C. Köpcke.

Sparklub Bienenkorb.

Einladung zum Ball

Sonnabend, 11. Oktober
im Lokal Neulauerhof.
Kasseneröffnung 6 Uhr.
Anfang abends 7 Uhr.
Herren 1.50, Damen 1.— Mk.
Hierzu ladet freundl. ein
8521) Das Komitee.

Groß - Lübeck
neben d. Stadttheater.
Tägl. hum. Konzert
August d. Gemütliche
8549) ist da!

Verein
„Fritz Reuter“
Lübeck.

Plattb.
Theaterabend

an'n Sünndend, 11. Okt.
in'n Konzerthus „Flora“.
Los geht dat Kloß 7.
Antrittsfort'n i. Platz
unterkofft.
II. Was Marli 1.
sünd bi H. Koch, Marles-
grube 6 um abends in'n
Lokal an de Kass' tau bebb'n.
Mitgl. v. Verein un od von
„Meckl. Plattb. Verein“ un
Plattb. Verein „Ged“ be-
stahl halben Preis.
De Kass' ward Kloß 1/2
upmaakt.
8522) De Vorstand.

Hansa-Theater
Freitag punkt 7:
Die
Faschingsfee. 8518

Operette von E. Kalman.
Sonnabend und Sonntag:
Die Faschingsfee.

Stadttheater Lübeck
(8536)

Freitag, den 10. Oktober:
Anfang 7 Uhr.
4. Vorst. im Freitag-Abonn.
Hänsel u. Gretel.
Märchenoper in drei Akten
von E. Humperdinck.
Hierauf:

Der betrogene Kadi.
Oper in 1 Akt von Gluck.
Sonnabend, d. 11. Oktober:
Carmen.

Sonntag, den 12. Oktober:
Anfang 2 1/2 Uhr:
2. Fremdenvorstellung.
Der Biberpelz.

Anfang 7 Uhr:
Hänsel u. Gretel.
Hierauf:

Der betrogene Kadi.

Arztliche Besuche.
Auf Beschluss des Ver-
eines Vereins wird bei Be-
suchen, die nach 9 Uhr
morgens bestellt werden,
ein Zuschlag bis zur Hälfte
der Grundgebühren erhoben.
Die Nachtage gilt in der
Zeit von 7 Uhr abds. bis
8 Uhr morgens. (8523)

Ganz harte Hand-
Blutwagen
8-8 Jhr. Trajekt
Karl Schulmerich.
8515) Mühlenstr. 28.

Unabh. Sozial. Partei.
Ortsgruppe Lübeck.
**Mitglieder-
Versammlung**
heute,

am Freitag, dem 10. Oktober
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen
Kalweit-Hamburg.
2. Bericht der Breitere-
müssen.
3. Bericht d. Vorstand.
8542) Der Vorstand.

**Konsumverein für Lübeck
und Umgegend e. G. m. b. H.**

Bei dem steigenden Anlauf unserer
Warenabgabestelle für

**Manufaktur-
und Hausstandswaren**
Königsstraße Nr. 111

biten wir unsere werthen Mitglieder, bei ihren
Einkäufen in dieser Warenabgabestelle stets
ihre Legitimationskarte vorzuzeigen.
Nur auf diese Weise können wir die Vor-
teile, die wir zu bieten in der Lage sind,
unseren Mitgliedern auch wirklich zuzuführen
lassen. Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche Versammlung
sämtlicher
am Hafen beschäftigten Arbeiter
am Sonnabend, dem 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
**Festlegung der Arbeitszeit für
die Wintermonate.**

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Ge-
schehen sämtlicher Kollegen dringend notwendig.
Mitgliederbesitzer vom D. T. B. legitimieren.
8541) Die Ortsverwaltung.

Diktatur und kommunistisches Manifest

Von R. Strauß.

Immer wieder wird von den Anhängern der Diktatur unser Altmeister Marx zitiert. Erst kürzlich hat Haase (in einer Rede in der Nationalversammlung) sich wieder auf Marx als den Vertreter des Diktaturgedankens berufen. Der gewöhnlich als Beweis zitierte Satz aus dem Marx'schen Briefe von 1875 lautet: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Ihr entspricht auch eine Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“ Kautsky hat bereits in seiner Schrift „Diktatur oder Demokratie“ nachgewiesen, daß die Diktatur einer Minderheit in unlöslichem Widerspruch mit der ganzen sozialdemokratischen Bewegung und mehr noch im Widerspruch mit den Aufgaben des Sozialismus steht. Er zieht bei dieser Gelegenheit auch Marx heran und erbringt den Beweis, daß letzterer unter Diktatur des Proletariats nichts anderes als die Demokratie verstanden haben kann. So weist er darauf hin, daß Marx in der Pariser Kommune, die doch auf Grundlage des allgemeinen Stimmrechts gebildet worden war, die endlich erdachte politische Form erblickt, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollenden kann. Ferner ruft Kautsky als Zeugen auch Engels herbei, der die demokratische Republik als die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats bezeichnet. Lenin deutet freilich in seiner Schrift „Staat und Revolution“ diesen Satz dahin um: „Die demokratische Republik ist der nächste Weg zur Diktatur des Proletariats“, und erklärt dann, im Kreise weitergehend, an einer anderen Stelle die Diktatur als die eigentliche Demokratie des Volkes bei gleichzeitiger Niederhaltung der Ausbeuter. Wer denkt hierbei nicht daran, daß auch die alten Mächte die Diktatur „im Interesse der Allgemeinheit“, „im Interesse des Volkes“ auszuüben vorgaben?

Gegenüber solchen Auslegungen dürfte es sich verlohnen, die Stellung von Marx zur Frage der Diktatur aus dem kommunistischen Manifest zu ergründen. Im kommunistischen Manifest haben wir es bekanntlich nach dem Urteile der Interadikale mit dem „echten, revolutionären Marx“ zu tun. Im zweiten Teile des Manifestes heißt es nun wörtlich: „Wir haben schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erfindung der Demokratie ist.“ Das „oben“ bezieht sich auf den Satz: „Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisie, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“ Wenn Lenin unter Berufung auf Marx und Engels als ersten Schritt die Zerschmetterung der Staatsmaschine fordert, so widerspricht das nicht nur dem kommunistischen Manifest (der erste Schritt ist die Erfindung der Demokratie), sondern auch den Erfahrungen, die Marx und Engels aus der Geschichte der Pariser Kommune gewonnen haben: „Die Kommune hat den Beweis gebracht, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“ Eine Erfahrung, die sicherlich nicht dazu angetan ist, die Position der Diktaturfreunde zu stärken.

Es bleibt noch die Frage zu beantworten: Warum bezeichnet Marx die Diktatur des Proletariats — nach den obigen Ausführungen also die Demokratie — als die tatsächliche Form einer politischen Uebergangsperiode? Hierfür gibt es zwei Erklärungen, die beide aus dem kommunistischen Manifest abgeleitet werden können.

1. Jede Mehrheit, also auch eine proletarische Mehrheit, hat selbstverständlich im Interesse des Volksganzen eine gewisse Rücksicht auf die Minderheit zu nehmen. Wo es sich aber um das Lebensprinzip der herrschenden Klasse (bei uns also um die Durchführung des Sozialismus) handelt, da sind

despotisch erscheinende Eingriffe nicht zu vermeiden. Im kommunistischen Manifest heißt es: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Es kann das natürlich zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse.“

Voraussetzungen sind natürlich: die Mehrheit des Volkes muß den Willen zum Sozialismus besitzen (Demokratie); die materiellen Bedingungen müssen gegeben sein (Stand der Produktion) und das Proletariat muß die geistige Reife haben.

Weiter heißt es im kommunistischen Manifest: „Diese Maßregeln aufgezehrt, unter anderen einige, die uns heute griffen werden sollen) werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.“ (Deutschland ist nicht Rußland.) Für die fortgeschrittenen Länder werden dann zehn Maßregeln aufgezählt, unter anderen einige, die uns heute gar nicht mehr als besonders revolutionär erscheinen, wie „starke Progressivsteuer“, „Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form“ usw. Bei dieser Gelegenheit wird auch darauf verwiesen, daß überdies Engels 1891 zugibt, in demokratischen Ländern (ja selbst in England, dessen Regierung sich damals nicht so wie die Mächte des Kontinents auf die militärische Gewalt stützte) sei der Uebergang zum Sozialismus auf dem Wege der Evolution möglich. Heute würde er sicherlich auf die deutsche Republik, die freieste der Welt, exemplifiziert haben. Lenin allerdings sucht auch hier den Ausführungen Engels einen anderen Sinn zu geben, indem er die von Engels gebrauchte Wendung: „man kann sich vorstellen“ so interpretiert, als handle es sich nur um ein bloßes Vorstellen.

2. Eine zweite Antwort auf die Frage, warum Marx die Diktatur des Proletariats (die demokratische Republik) als die politische Form einer Uebergangsperiode bezeichnet, ergibt sich aus dem letzten Abschnitt des zweiten Teiles des kommunistischen Manifestes, der kurz auf den Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft hinweist. Der Staat ist seinem Wesen nach der Vollzugsrat, das Exekutivorgan der herrschenden Klasse — bisher einer Minderheit. In der Periode des Uebergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft ist der Staat der Vollstreckter des Willens der Proletarierklasse — einer Mehrheit. Ist der Sozialismus durchgeführt, so verliert der Staat seine alte Bedeutung als Vertreter der herrschenden Klasse; er „stirbt ab“ (siehe Engels) und an seine Stelle tritt die Gesellschaft. Im kommunistischen Manifest heißt es in bezug hierauf: „Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassenkampfes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.“

Diesen Ausführungen gehen aber — solcher Zusammenhang darf nicht übersehen werden — unmittelbar voraus die beiden Gedanken, auf die oben hingewiesen ist: Das Proletariat hat sich durch die Erläuterung der Demokratie zur herrschenden Klasse zu erheben und hat dann seine politische Herrschaft dazu zu benutzen, nach und nach (also je nach den gegebenen Bedingungen) die ganze Produktionsweise umzuwälzen. Wer nicht gewillt ist, die Dinge aus dem Zusammenhang zu reißen, einzelne Stücke herauszunehmen und für seine besonderen Zwecke zurechtzumachen, der kann nicht, wie es der Bolschewismus versucht, aus dem kommunistischen Manifest die Forderung der „Diktatur einer Minderheit“ ablesen; im Gegenteil, er wird auch hier bestätigt finden, daß der Weg zum Sozialismus durch die Demokratie führt.

Respekt der „Unabhängigen“ vor Erzürsten.

Aus dem sehr „unabhängig“ regierten Freistaat Reuß wird der „Freien Presse“ in Leipzig geschrieben:

Seit einigen Tagen verleihe ich in den schönen Wäldern zwischen Greiz, Schlez und Lobenstein meine Ferien. Abends begleite ich gern die nach Hause gehenden Arbeiter auf ihrem Wege und unterhalte mich mit ihnen über die neue Zeit. Dabei erfahre ich dann allerlei. So klagten mir einige Arbeiter ihr Leid, daß sie hohe Steuern bezahlen müßten, obwohl sie nur sehr wenig verdienen. So sogar Frauen, alleinstehende arme Leute und andere, die nur 100 bis 1200 Mk. Einkommen jährlich hätten, müßten Steuern die schwere Menge zahlen.

Auf meine Erwiderung, daß doch überall die niederen Einkommen von der Steuer befreit seien, sagte man mir, in Reuß sei man noch nicht so weit. Im Volksrat herrscht nicht einmal Einkommensteuer darüber, daß man die Einkommen unter 1200 Mk. steuerfrei lasse. Im unabhängigen Volksrat! Die Arbeiter zeigten mir eine Nummer der „Reuß. Tribüne“, in der die Forderung der Arbeiter, die Einkommen bis 3600 Mk. steuerfrei zu lassen, mit sehr gewichtigen Argumenten bekämpft wurde. Es hieß darin u. a., man könne nicht eine Million Mark auf 6000 Einwohner umlegen. Ei, ei, dachte ich bei mir, „man könne nicht“? Wehe, wenn das Mehrheitsvotum sagen würden! Und als ich dann gar las, daß die Regierung von Reuß den Arbeitslosen geantwortet hatte (Anfang August 1919), daß man denjenigen, die über 3600 Mk. Einkommen haben, zumuten könne, neben dem Kriegsdienst und der Vermögensabgabe noch weitere Lasten aufzubürden, da war mir auf einmal klar, wie sehr Theorie und Praxis bei den Uzis doch zwei verschiedenartige Dinge sind.

Noch mehr erfahre ich das bei meinen Wanderungen durch die Wälder. Wo ist noch ein Land an Wäldern so reich wie Reuß? Und überall sah ich, daß für Millionen von Mark Holz geschlagen, geschält und abgefahren wurde. Überall zwischen Lobenstein und Neuhammer, bei Saalburg, Saaldorf, Ebersbach, Gottliebstal usw. wurden mächtige Bäume in den Wald gerissen. Auf meine Fragen, wem denn diese immensen Wälder jetzt gehörten und wer die Nutzung hätte, ward mir die Antwort: Alles dem Fürsten! Der wohnt in Ebersbach in seinem herrlichen Schloß und zieht Millionen und abermals Millionen aus dem Walde heraus. Wehe, halb der Wald nicht sozialisiert wird, konnte mit niemand vertragen. Wenn ich darauf hinwies, daß doch Reuß von radikalen Unabhängigen regiert würde, denen es ein leichtes sein müsse, entsprechend ihren sonstigen Forderungen einer solchen Verschleuderung von Volkswerten vorzubeugen und den Wald der Gesamtheit des Volkes nutzbar zu machen, begegnete ich nur verlegenem Aufseufzen. Die Arbeiter lesen die „Reuß. Tribüne“, freuen sich über die bombastische Schreibweise, freuen sich, wenn sie feste auf die Mehrheitsler schimpfen — aber unterscheiden zwischen Theorie und Praxis dieser Radikalklasse können sie nicht. Fatalistisch nehmen sie es hin, daß ihr Los am nichts gebessert ist, obwohl die am Rande sind, die sonst nicht genug verdienen können, daß die Arbeiter erst glücklich sind, wenn sie unabhängig regiert würden.

Hoch oben auf einem herrlichen Hügel bei Saaldorf liegt das Schloß des Markmannscheit, dem Fürsten gehörig. Es steht leer. Weshalb wird hier nicht ein Kinderferienheim oder ein Mutter-Kindheim errichtet? Weil die Uzis von Reuß fürchten, der Fürst könne mit den 140 Zimmern seines Schlosses in Ebersbach nicht auskommen. Respekt vor abgetakelten Fürsten! Hinter den Schloßwänden gib's weite fruchtbare Felder, Gemüsegärten usw. — alles gehört dem Fürsten; in den Bünen aber stehen, hungrig die Finger im Munde, die armen Kinder des unabhängig regierten Freistaates Reuß.

Gewiß: Es läßt sich nicht von heute auf morgen ein Paradies schaffen — aber eben darum sollten die Uzis auch da, wo sie nicht die Macht haben, sich mit ihren lächerlichen Forderungen und Schimpfkanonaden gegen uns ein wenig einschränken!

Franz René Wohlgenuth.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

7. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Die Blondinen mit den blauen Augen waren anspruchsvollere, erschickere Kerle als all das schwarzhaarige und schilzige, niedrige, gestimmte Gesindel, mit dem er sich herumzuschlagen mußte. Es war seine feste Absicht, einmal nach Deutschland zurückzukehren. Aber er, der als der kleine, unbedeutende Bauernjunge fortgelassen war, mußte natürlich zurückkommen als geachteter, großangelegener Mann. Das war die Chimäre, der er all die Jahre hindurch mit jähem Starrsinn nachging. Niemand wußte von diesem Plan, und doch war er das Beherrschende in seinem Dasein. Deshalb fühlte er sein ganzes Leben und Wirken nur als einen Uebergangszustand, als eine Etappe zu einer schöneren Bestimmung. Die Bauwerke, auf die er stolz sein, an die er seine ganze Kraft setzen würde, schwebten noch ungeboren in seiner Phantasie. Sie sollten auf einem andern Boden entstehen. Und das Leben, das wirklich nach seinem Geschmack war, das würde auch erst noch kommen. Darum war es ihm gleichgültig, ob er etwas besser oder schlechter lebte, darum verzichtete er auf jeden Luxus, auf jede Annehmlichkeit. Er sparte sich alles auf für die Zukunft. Er war wie ein Mensch, der freiwillig hungert, damit ihm das Essen nachher um so besser schmeckt, und es war ihm eine süße Freude, sich die Zukunft im härtesten Gegenatz zur Wirklichkeit auszumalen. Wenn er auf elendem Strohhalm in einem allem, wurmstichigen Bett ausgestreckt lag, dann träumte er, wie er unter seidenen Decken ruhen würde, mit einer schönen, eleganten Frau an seiner Seite. Und in der dumpfen Enge der Holzbarade, die so niedrig war, daß sein Kopf fast die Decke berührte, dachte er im Geist sich den Palast auf, den er einst bewohnen würde. Früher, so lange er der arme zurückgekehrte Ingenieur gewesen war, hatte die Ungeduld ihn oft übermannt. Er hatte das elende Dasein verflucht. Nun aber hatte er nicht gedulden gelernt, denn er wußte, daß die Möglichkeit, all seine heißen Wünsche zu befriedigen, in seine Hand gegeben war. Er wartete geduldig auf den rechten Augenblick. Man bot ihm in Ungarn eine höchst ehrenvolle Stellung als Staatsingenieur an, er schlug sie aus. Sein Blick war nach Deutschland gerichtet. Und als wenn ihn das Geschick für sein Ausharren belohnen wollte, wurde wieder das Projekt einer großen Brücke über die Wipperf, die nach der Lage der Berge die schönste und höchste Brücke in ganz Deutschland werden mußte, erteilt. Die ersten Ingenieure beteiligten sich an der Konkurrenz. Horstmanns Plan ging durch. Er hatte das Ziel seines Lebens erreicht. Nun konnte das Leben beginnen! Was dumpfer Traum gewesen, sollte hellen Wirklichkeit werden, und all seine Wünsche sollten sich bis auf den letzten erfüllen.

III. Als Frau Dusbach mit ihrer Tochter allein war, sank sie verzweifelt in einen Stuhl. „Anna, du bist wohl verrückt, für Sonntag Gäste einzuladen. Morgen kommt vielleicht schon der Gerichtsvollzieher.“ „Daß nur“, meinte die Tochter zerkürrt. „Vor allem geh jetzt und kauf beim Rindweg etwas zum Abendessen.“ Sie tat die Schmutzschalen in einen Bombapour und half ihrer Mutter in den Mantel. Die Alte griffte vor sich hin. „Den Lob werde ich mir holen bei diesem Wetter.“ „Zieh nur Gummischuhe an, dann bekommst du keine nassen Füße.“ Als Anna hinter Frau Regierungsrat die Haustür schloß, schickte sie einen Augenblick auf die regentriefende Straße. Sie sah nach, wie ihre Mutter vom Sturmwind erfasst, gegen die Wand des Hauses stieg. Sie fühlte Mitleid und wollte ihr noch ein tröstendes Wort nachrufen. Aber als der Regen in wilden Güssen gegen ihr Gesicht schlug, machte sie zusammenzuckend die Tür zu. Sie hätte nicht so drauhen sein mögen! Sie rief sich frohlockend die Hände und ging ins Wohnzimmer zurück. Im Geiß folgte sie der Mutter auf ihrem Wege, sah, wie sie mit den durchlöchernten Galoschen in die Pfützen hineintreten, wie der Schmutz bis hoch hinauf ihre Röcke beschmutzte. Und dann der Gang die feile Treppe hinauf, wo auf halber Stiege das schmutzige Blechschilde hing: „Zur Handleiße eine Treppe höher.“ Jedesmal wenn Anna auf ihrem Weg in die Altstadt an dem Haus vorüberging, hatte sie durch die offene Tür einen Blick hineingeworfen. Fragwürdige Gestalten lauerten da. Man mußte den Atem anhalten vor dem üblen Geruch. Beim Klopfen, Gedanken daran kräuselten sich ihre Nerven. Mit erstem Gesicht blinnte sie in die Lampe. Was mochte der Besuch gewollt haben? Im Scherz hatte Bezi ihr oft versichert, er würde ihr noch einmal einen Freier verschaffen. Und der Ingenieur hatte sie angestarrt... angestarrt mit so merkwürdigem Blick! Sie konnte eigentlich kaum noch zweifeln. Häßlich war er, aber reich war er auch. Sie vergaß halb den Mann und dachte nur an sein Geld. Allmählich hellte sich ihr Gesicht auf. Die Lampe brannte immer trüber. Aus dem zu Ende gebenden Petroleum konnte der Duft kaum noch Nahrung laugen. Der Umkreis des Lichtkegels wurde enger, und in demselben Maß traten aus allen Ecken die schwarzen Schatten näher heran. Die Fenster begannen vom Laternenchein draußen bleich zu schimmern. Manchmal fuhr ein kalter Windstoß herein, daß die Vorhänge sich bewegten. Während es dunkler und dunkler wurde, während die Gegenstände, einer nach dem anderen vor Annas Augen verschwanden, war es ihr, als wenn zugleich mit der Finsternis und Kälte sich ein heimlicher Gast ins Zimmer gesohlen hätte. Auf welchen Majohlen schlich er näher und trug die Möbel davon. Ihr wurde ganz eigentümlich zu Mut bei dem Gedanken, daß dieser Gast morgen oder übermorgen oder nächste Woche wirklich kommen könnte. Vor einer Stunde hätte ihr das noch fast unmöglich geschienen. Aber vor wenigen Tagen hätte sie auch noch gelacht, wenn ihr jemand gesagt hätte, daß ihre Mutter aufs Beihamt gehen würde. Und doch war dies Unglaubliche geschehen. Sie versuchte die Angst wegzulächeln, die plötzlich wie ein im dunkeln Busch verstreuter Strohball sie angefallen hatte. Aber der kalte Wind machte sie erschauern. Sie fühlte sich entblößt und schon den Unbilden der Armut ausgesetzt. Unangenehm Trauer belemmte ihre Brust. Sie dachte an den Tag, wo sie in schlechten Kleibern über die Straße gehen würde, und die Gesichter der Leute, die bis dahin immer gelächelt hatten, wurden zu Grimassen. Da sprang sie zornig auf und ging in die Küche. In Ermangelung der Lampe hatte Anna das Herdloch geöffnet und ruhte beim Schein des mächtigen Feuers Zeller, indem sie sich den Kopf zerbrach, was es heut wohl zum Abendessen gäbe? Sie mußten sofort Petroleum holen, Minna! Die alte Magd rief ein unverständliches Gebraumm aus. Als sie die Kerze aus der Ecke hinter einigen Besen hervorgeholt hatte, streifte sie die leere Hand aus. „Frau Dusbach hat mir kein Geld dagelassen.“ „Legen Sie die paar Pfennige aus und machen Sie, daß Sie wiederkommen!“ sagte Anna barsch. Dann stoherte sie die Kohlenklut auseinander, daß die hellen Funken ausspritzten wie geschmolzene Goldkörner. Und bei der Erinnerung an das blaße Geldgespenst, das sie erschreckt hatte, schwor sie, daß sie alles im Leben erdulden wolle, nur nicht die Armut, daß sie auf alles verzichten wolle, nur nicht auf den Reichtum. Welche der Mann, den sie nahm, als häßlich und ordinär sein, es war ihr recht. Und wenn er zur Bedingung stellte, daß sie Wert nie wiederfände, sie würde in seine Hand einschlagen. Sie liebte Wert. In der ganzen Düsseldorf'schen Gesellschaft mußte sie keinen Menschen, mit dem sie sich besser verstand. Als kleines Wurm hatte sie schon dem eleganten blauen Jungen im schwarzen Sammetkostüm ihr süßes Mäulchen hingestreckt und getollt: „Gib Anhängen Auf.“ In der Langstunde hatte sie seinen wegen mit ihren Freundinnen bitter gezankt. Sie hatte in diesem Uebelstande festgesetzt: Wert wählte sie als seine Blumme.“ Auf manchem Spaziergang in der Seuzerallee setzte er ihr seine Füße auseinander, in diesem halbpöpstlichen Ton, den er sich damals angewöhnt hatte. Und schon damals sagte er ihr, er würde sie ewig lieben, aber nie heiraten. Was Papa mit seiner Beinwand verdient, gab die Mama für ihre seidenen Toiletten aus. Wenn der alte Herr einmal starb, hinterließ er nichts als eine Lebensversicherung.

Fortsetzung folgt.

